



An den Grossen Rat

16.5190.02

PD/P165190

Basel, 17. August 2016

Regierungsratsbeschluss vom 16. August 2016

Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend „Beamtendeutsch in Basler Amtsstuben, das keiner versteht“

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Fast jeder hat sich schon einmal am Beamtendeutsch in Briefen von Kantonsbehörden und Gerichten die Zähne ausgebissen. Warum aber werden wir Bürger so gequält? Warum sind wir hinterher nicht schlauer, sondern wieder einmal verzweifelter, wenn Behörden Bescheide, Beschlüsse und Bekanntmachungen erlassen, die keiner versteht?

Nach einer Studie haben 87 Prozent der Basler Probleme mit dem Beamtendeutsch in Briefen von Behörden und Gerichten.

Auch 81 Prozent der Befragten mit Matura oder Hochschulabschluss verstehen bei vielen Fachbegriffen und Schachtelsätzen nur Bahnhof. Die Blähsprache vom Amt nervt und ärgert.

Es muss eine geheime Verschwörung geben. Verwaltungsbeamte, Juristen und Politiker haben sich offenbar vor einigen Jahrhunderten in die Hand versprochen, Bürger und Steuerzahler fortlaufend mit einem absurden Kauderwelsch zu quälen: mit Aussagen, die sich widersprechen, mit Satzgebilden, die eine komplette Seite füllen und mindestens fünfmal durchgearbeitet werden müssen, bevor man sie nachvollziehen kann.

Was aber sollten die Motive dieser wortwörtlichen Verschwörung sein? Schadenfreude, weil der einfache Bürger mal wieder der Depp ist? Liegt es am Leben im Beamtentum, weil die Insassen dieser Einrichtung nach langen Dienstjahren nicht mehr wissen, wie ausserhalb ihres Turmes gesprochen und geschrieben wird?

Und was unternehmen wir Politiker, um diesen Bürokratenmief abzuschütteln? Manche bemühen sich ja redlich, doch noch viel mehr von ihnen flüchten ins sogenannte Denglisch. Das macht die Sache nicht unbedingt besser.

Das grundsätzliche Problem immerhin ist erkannt. Und das ist ja schon, rein theoretisch betrachtet, die Grundlage für Einkehr und Kurswechsel. Städte wie Hamburg oder Bochum haben inzwischen Stellen und Stäbe eingerichtet, die die Entbürokratisierung vorantreiben sollen und durchaus erste Fortschritte vorweisen können. Andere Kommunen haben sich der vom Germanistischen Institut der Ruhr-Universität Bochum gegründeten Datenbank angeschlossen und lassen ihre Verordnungen vor Inkrafttreten auf Verständlichkeit überprüfen.

1. Warum werden Bescheide, Beschlüsse und Bekanntmachungen erlassen, die keiner versteht?
2. Kann die Basler Verwaltung die Entbürokratisierung vorantreiben und neue Schriften, die an den Bürger gehen, zuvor auf die Verständlichkeit überprüfen lassen?
3. Was meint die Regierung zu den von Eric Weber angesprochenen obigen Problemen?

Eric Weber“

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

Dem Regierungsrat erschliesst sich der Sinn der schriftlichen Anfrage nicht.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin